

POSITIONSPAPIER

MODERNER UND GENERATIONENGERECHTER SOZIALSTAAT



Unser heutiges Sozialstaatsprinzip besteht im Wesentlichen aus einer Umlagefinanzierung. Mit der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung ist aber klar, dass das Leistungsniveau bei einer abnehmenden Erwerbsbevölkerung und einem gleichzeitigen Anstieg der Leistungsbezieher nicht gehalten werden kann, ohne erhebliche zusätzliche Mittel aufzuwenden. Diese Summen müssen über Steuern und Sozialabgaben von Unternehmern und Arbeitnehmern getragen werden. Als Konsequenz daraus wird sich der Faktor Arbeit immer weiter verteuern. In den letzten Jahren ist der Sozialstaat deutlich stärker gewachsen als die Produktivität der Unternehmen. Bereits heute liegen die Arbeitskosten in Deutschland deshalb laut einer Studie des IW von 2019 mehr als ein Viertel höher als im Durchschnitt der 27 untersuchten Industrie-Länder.

Gleichzeitig werden umfangreiche Leistungsversprechen für die Zukunft vergeben. Rund eine Billion Euro pro Jahr geben Bund, Länder und Kommunen für Sozialleistungen aus, die rund 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Zum Vergleich: Der OECD-Schnitt liegt hier nur bei rund 20 Prozent. Rechnet man auch die zukünftigen Ansprüche auf Renten, Pflege- und Krankenkosten hinzu, die durch keinerlei Einnahmen gedeckt sind, beträgt die implizite Staatsschuld nach Berechnung der Stiftung Marktwirtschaft 5,6 Billionen Euro. Das sind 163 Prozent des 2019 erwirtschafteten BIPs.

Für eine Reform des Sozialstaats ist es also höchste Zeit: Die demografische Wende wird die Staatskassen bereits in den kommenden Jahren deutlich belasten, zudem müssen dann Tilgungsverpflichtungen aus der Coronakrise erfüllt werden.

Gleichzeitig erfordert der Umbau der Wirtschaft zu einer digitalen und umweltschonenden Ökonomie erhebliche Investitionen, für die genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen müssen. Ein Hinauszögern der unvermeidlichen Reformen würde daher nicht nur die Tragfähigkeit des derzeitigen Sozialstaatsystems überfordern, sondern auch zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gehen. Wir, die Junge Wirtschaft, fordern daher den Umbau zu einem modernen und generationengerechten Sozialstaat, um den Spielraum für die Gestaltung einer konkurrenzfähigen Wirtschaft der Zukunft zu schaffen.

REFORM DES RENTENSYSTEMS

Ein modernes und generationengerechtes Rentensystem muss auf lange Sicht Nachhaltigkeit und Angemessenheit des Lebensstandards in eine Balance bringen. Das heutige Umlagesystem erfüllt diese Anforderung nicht. Um die Nachhaltigkeit gewährleisten zu können, muss daher im staatlichen Rentensystem schnellstmöglich der Einstieg in eine zweite Säule durch ein Ansparmodell eingeleitet werden. Hierzu sollte ein staatlicher Rentenfonds eingerichtet werden, der angesichts der Niedrigzinsen breit gestreut in den Kapitalmarkt investiert. Stufenweise sollte diese Säule so ausgebaut werden, dass die Umlagefinanzierung nur noch der Grundsicherung dient. Dieser staatliche Vorsorge-Fonds, etwa gemanagt von der Deutschen Rentenversicherung oder der Bundesbank, könnte zu niedrigen Kosten in Aktien, verzinsliche Wertpapiere und Immobilien investieren. Wichtig ist hierbei, dass dieser Vorsorge-Fonds ausschließlich dem Wohl der Bürger verpflichtet ist. Dazu muss die Unabhängigkeit des staatlichen Vermögensverwalters gegenüber der Politik gegeben sein, um

POSITIONSPAPIER

MODERNER UND GENERATIONENGERECHTER SOZIALSTAAT



politische Einflussnahme auf Investmententscheidungen zu vermeiden. Darüber hinaus muss absolute Transparenz über die Investmentstrategie und die Auszahlungsregeln des Vorsorge-Fonds herrschen, um Vertrauen zu bilden.

Um das Rentensystem auf eine breitere Basis zu stellen, sollen alle Bürger bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze zukünftig in das staatliche Rentensystem einzahlen. Dies betrifft auch Beamte und Selbstständige. Nur so kann es gelingen, die Kosten für die Umstellung des Systems und die dauerhafte Finanzierbarkeit zu gewährleisten.

Bereits mit der Rentenreform 2001 wurde der Anspruch aufgegeben, dass die gesetzliche Rente den Lebensstandard im Alter erhalten kann. Dieser Umstand ist aber auch 20 Jahre nach dieser Reform leider noch immer nicht bekannt genug, so dass viele Bürger noch immer über keine betriebliche oder private Altersvorsorge verfügen. Gerade bei den unteren Einkommen bleiben diese beiden Optionen oftmals ungenutzt. Es bedarf daher klarer politischer Botschaften und einer Aufklärungskampagne über steuerliche Vergünstigungen für die private und betriebliche Altersvorsorge.

Mit einer höheren Lebenserwartung muss auch eine längere Lebensarbeitszeit einhergehen. Grundsätzlich muss daher eine automatisierte Koppelung des Regelrenteneintritts an die Lebenserwartung erfolgen. Gleichzeitig sollte sich das Renteneintrittsalter an der Lebensarbeitszeit und nicht am biologischen Alter orientieren. Damit würden auch Facharbeiterkarrieren attraktiver und Personen mit körperlich anspruchsvoller

Arbeit ein früherer Ausstieg ermöglicht werden. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in diesem Bereich könnte hier ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden

Wir brauchen aber auch mehr Flexibilität beim Renteneintritt. Durch die zuordenbaren Vermögen im staatlichen Vorsorge-Fonds soll es individuell ermöglicht werden, nach dem eigenen finanziellen Spielraum zu entscheiden, bis zu welchem Alter Personen im Erwerbsleben verbleiben. Durch entsprechende Abzüge beziehungsweise Zuschläge soll eine möglichst lange Lebensarbeitszeit finanziell aber attraktiv gestaltet werden. Zudem muss wesentlich stärker als bisher ermöglicht werden, auch über die Regelarbeitszeit hinaus im Arbeitsleben zu bleiben. Hierzu muss das Arbeitsrecht angepasst, Teilzeit- und Flexibilisierungsmöglichkeiten geschaffen und steuerliche Anreize gesetzt werden.

Damit eine höhere Lebensarbeitszeit aber auch tatsächlich möglich ist und keine versteckte Rentenabsenkung darstellt, muss verstärkt in Qualifizierung und Weiterbildung investiert werden. Für körperlich anstrengende Tätigkeiten müssen zudem Umschulungen auf weniger belastende Arbeiten erleichtert werden. Gerade die Digitalisierung stellt ältere Mitarbeiter immer wieder vor Herausforderungen. Hier muss dafür Sorge getragen werden, dass diese kontinuierliche Weiterbildungen bis kurz vor dem Renteneintritt erhalten, um auf dem Stand der Technik zu bleiben und damit ihr volles Potenzial ausschöpfen können.

POSITIONSPAPIER

MODERNER UND GENERATIONENGERECHTER SOZIALSTAAT



REFORM DER KRANKENVERSICHERUNG

Die Notwendigkeit zur Reform des Rentensystems ist zumindest teilweise im Bewusstsein der Gesellschaft angekommen. Aber ein weiteres Sozialsystem, die Krankenversicherung, wird auf Dauer nicht wie bisher funktionieren. Ziel muss es sein die Beiträge zu Krankenversicherung zu senken, aber gleichzeitig die Qualität der Krankenversicherung beizubehalten oder sogar zu optimieren. Dafür ist es notwendig die Finanzierung der Krankenversicherung und deren praktische Ausgestaltung zu reformieren.

Ziel muss es deshalb sein die Dualität des deutschen Krankensystems abzuschaffen, da diese Parallelität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung dem Solidaritätsprinzip widerspricht. Jeder Bürger soll die Pflicht haben in ein gemeinsames System einzuzahlen, von dem somit auch jeder im gleichen Maße profitieren soll.

Zudem hat der demografische Wandel nicht nur Auswirkungen auf das Rentensystem, sondern auch negative Folgen auf das genutzte Umlagesystem in der gesetzlichen Krankenversicherung. Durch die Steigerung der Lebenserwartung der geburtenstarken Jahrgänge wird die Nachfrage an medizinischen Leistungen in Zukunft deutlich steigen. Ziel muss es deshalb sein frühzeitig die Prävention in den Mittelpunkt zu rücken, um diesem Ungleichgewicht entgegen zu wirken.

Wir plädieren deshalb dafür, dass jeder ein Anrecht auf eine Basisversorgung hat. Zusätzliche Leistungen sollen auf einem Baukastensystem basieren. Sodass jeder die Möglichkeit hat

bis zu einem bestimmten Höchstsatz individualisierte Zusatzleistungen, die aktuell nur über teure Zusatzversicherungen abgedeckt sind, in Anspruch zu nehmen. Dies soll als Anreiz zur Nutzung von präventiven Gesundheitsmaßnahmen dienen.

STAATSFINANZEN

Die Corona-Krise hat den öffentlichen Haushalt stark belastet. Nach Jahren der Überschüsse haben die Ausgaben für die Wirtschaftshilfen und das Kurzarbeitergeld bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen zu einem deutlichen Defizit geführt. 2020 ist der Schuldenstand von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um 140 Milliarden Euro auf mehr als zwei Billionen Euro angestiegen. Für 2021 plant allein der Bund eine Nettokreditaufnahme von weiteren 180 Milliarden Euro und auch 2022 soll die Schuldenbremse noch nicht wieder eingehalten werden.

Aktuell wächst mit jeder weiteren Woche des Lockdowns das Loch im öffentlichen Haushalt. Deshalb müssen wir kurzfristig kluge Strategien entwickeln, um das wirtschaftliche Leben wieder schrittweise hochzufahren und Konzepte, wie wir auch langfristig mit Corona Leben können. Nur so können die Corona-Hilfen wieder zurückfahren und die Belastung für die Staatskasse verringern. Mittelfristig müssen wir aber auch die Staatsquote senken und Ausgaben wieder senken, um eine Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt zu ermöglichen. Langfristig muss der finanzielle Spielraum erhalten bleiben, um wichtige Zukunftsinvestitionen beispielsweise in Digitalisierung und Nachhaltigkeit stemmen zu können.

POSITIONSPAPIER

MODERNER UND GENERATIONENGERECHTER SOZIALSTAAT



WIDERSTANDSFÄHIGKEIT AUSBAUEN

Der Sozialstaat wurde in der Corona-Krise auf eine harte Probe gestellt. Nur der insgesamt guten Lage auf dem Arbeitsmarkt im Vorfeld der Pandemie ist es zu verdanken, dass die finanziellen Reserven zur Bewältigung der Krise vorhanden waren. Insgesamt muss die Finanzierung des Sozialstaats aber auf solide Beine gestellt werden, um auch in zukünftigen Krisen widerstandsfähig zu sein. Viele Unternehmen fürchten auch, durch zukünftige Pandemien in der Ausübung ihrer Geschäfte eingeschränkt zu werden. Diese Sorge dürfte einige Unternehmer zum Aufgeben bringen und für Neugründer abschreckend wirken. Daher müssen Krisenpläne erarbeitet werden, um auf zukünftige Pandemien besser vorbereitet zu sein. Durch die Einbeziehung des Parlaments in Öffnungs- und Schließungsstrategien soll die demokratische Kontrolle über die Exekutive wieder ausgeübt werden.

BILDUNG STÄRKEN

Der Sozialstaat kann Eigenverantwortung nicht ersetzen. Um diese Verantwortung aber auch wahrnehmen zu können, muss in Bildung zu wirtschaftlichen Kernfragen investiert werden. Wer früh mit der Altersvorsorge beginnt, hat die größte Hebelwirkung, um Vermögen aufzubauen. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass bereits in den weiterführenden Schulen die verschiedenen Säulen der Altersvorsorge behandelt werden. Nur durch Aufklärung und entsprechende Praxisbeispiele entsteht ein Verständnis für unser Sozialstaatsystem und wie hier individuelle Vorsorge getroffen werden muss. Der kontinuierliche Ausbau der beruflichen Bildung, sowohl für monetäre Themen als auch das Verständnis für

multinationaler Zusammenhänge ist unbedingt erforderlich, da dieser den Schlüssel zu einer weiterhin konkurrenzfähigen Wohlstandsgesellschaft darstellt. Aber auch die Erwachsenenbildung zu Finanzthemen muss ausgebaut werden, um in öffentlichen Kursen über Chancen und Risiken von Investitionen an den Kapitalmärkten oder in Immobilien aufzuklären.

FAMILIE FÖRDERN

Der demografische Wandel geht auf eine höhere Lebenserwartung gepaart mit einer niedrigen Geburtenrate zurück. Ein wichtiger Baustein, um unseren Sozialstaat erhalten zu können ist daher, Familien stärker zu fördern. Auf dem Feld der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden, dennoch besteht hier weiterhin Nachholbedarf. Auch müssen Formen des Zusammenlebens von Jung und Alt stärker gefördert und somit Kinderbetreuungsmöglichkeiten ausgebaut werden.